Dieses Blatt wird den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als **Abend-Ausgabe** zugestellt, während es die Post-Abonnenten am Morgen in einer Gesamtausgabe erhalten.

Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Steckenpferd Lilienmilch-Seife. Vorrätig à Stück 50 Pfg. in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Nr. 31. Spiegel: Neueste Drahtberichte. Landtagsverhandlungen, Hofnachrichten, Eisenbahnrat, Gerichtsverhandlungen. Inventaraufnahme in den französischen Kirchen. Novelli-Gastspiel, Lehmann-Osten-Chor. Berliner Leben. | **Freitag, 2. Februar 1906.**

Neueste Drahtmeldungen vom 1. Februar.

Zur Marokko-Konferenz.

Algeciras. Der vom Redaktionsausschuß angefertigte Entwurf, betr. die Herbeiführung besserer Ergebnisse der marokkanischen Steuern und die Schaffung neuer Einkünfte umfaßt 8 Artikel. Artikel 1 bestimmt, daß die sogenannte Tertib-Steuer von den Ausländern unter den im Tangerer Reglement von 1903 aufgestellten Bedingungen und an den Orten zu entrichten ist, wo sie tatsächlich auch von den Marokkanern erhoben wird. Einen bestimmten Teil sollen die Konsularbehörden zur Deckung der Kosten zurückbehalten. — Art. 2 besagt: Gemäß Art. 11 des Madrider Vertrages sollen die Ausländer Grundeigentum erwerben können. Die Ermächtigung zur Ausfertigung von Urkunden hierüber soll ohne gesetzlichen Grund nicht versagt werden können. Von jetzt ab soll der Erwerb von Grundeigentum im Umkreise von 12 Kilometer um die offenen Handelshäfen ohne die nach der Madrider Konvention erforderliche Erlaubnis gestattet sein. Die Ausländer dürfen auch Bauten auf ihrem Grund und Boden errichten. — Nach Art. 3 erkennt die Konferenz die Steuer auf städtische Bauten im Prinzip an. Ein Teil der Einnahmen soll für die Zwecke von Wegebauten und Verbesserung der Unterhaltung der Städte verwendet werden. Diese Steuer soll von Marokkanern und Fremden ohne Unterschied erhoben werden. — Art. 4 besagt: Die marokkanischen Beamten dürfen künftig weder die Schra- noch die Muna-Abgaben erheben. — Nach Art. 5 wird das diplomatische Korps in Tanger damit betraut, für die Frage der Habongüter und die Frage der Dominialgüter, die Fremde ohne regelrechte Besitztitel innehaben, eine billige Lösung zu finden. — Art. 6 behandelt die Frage der Besteuerung gewisser Handels- und Industriezweige. Das diplomatische Korps in Tanger solle prüfen, ob diese Steuern auch auf die Ausländer ausgedehnt werden können. Wenn ja, soll die Steuer ausschließlich eine Gemeindesteuer sein. — Der Art. 7 sieht Stempelgebühren vor, ferner eine Besitzwechselabgabe von höchstens 2 Prozent und eine Wegegebühr von höchstens 1 Prozent vom Werte für die durch die Küstenschiffahrt beförderten Güter, eine Paßgebühr für marokkanische Untertanen, sowie Bai- und Leuchtfeuerabgaben, deren Ertrag für Verbesserung der Häfenanlagen zu verwenden ist. — Art. 8 enthält Bestimmungen für den Fall, daß sich Schwierigkeiten zwischen dem Maghzen und dem diplomatischen Korps in Tanger ergeben sollten.

Algeciras. Das Redaktionskomitee hat die Ausarbeitung der Vorlage betr. die Steuern beendet, die der heute stattfindenden offiziellen Sitzung vorgelegt werden soll. In dem Entwurfe wird besonders vorgeschlagen, gewisse Steuern anzunehmen, die Einzelheiten jedoch der Prüfung der Vertreter der fremden Mächte in Tanger zu überlassen. In die Vorlage sind gewisse in dem marokkanischen Programm enthaltene Steuern aufgenommen. Ueber die Frage der Zölle ist noch nicht verhandelt worden.

Algeciras. Die meisten Delegierten glauben, daß sie die ganze Steuerfrage in der morgigen Sitzung nicht werden verhandeln können. Man würde dann die Fortsetzung der Beratung nach dem seinerzeit vorgelegten Fragebogen wieder aufnehmen. Diese Steuerfrage, sowie die Frage der Erhöhung der Einkünfte sind technischer Art und bergen Schwierigkeiten in sich. Viele Delegierte sprechen sich dahin aus, daß sie nicht nach Algeciras gekommen seien, um sich mit derartigen Einzelheiten zu beschäftigen. Sie sind der Ansicht, daß diese Frage nur von Sachverständigen behandelt werden dürfe. Die Frage der Organisation der Steuern wie die Frage der Erhöhung der Zölle beschäftigen hauptsächlich die Konferenz.

Zur Lage in Rußland.

Odessa. (Priv.-Tel.) Die Bevölkerung von Mingrelien, Gurien und Ginussi ist in den Ausstand getreten. Die Regierung entsandte Truppen. — Der Prozeß gegen den Leutnant Schmidt wird am 16. Februar in der Festung Otschakow verhandelt. Seine Verteidiger sind auf Befehl des Kommandanten ausgewiesen worden. Alle Advokaten protestieren energisch gegen diese Maßregelung.

Warschau. Hier sind gestern 5 Israeliten wegen terroristischer Gewalttaten kriegsgerichtlich erschossen worden.

Berlin. (Pr.-T.) Die Steuerkommission des Reichstags setzte die Beratung der Zigarettensteuer fort. Seitens der Regierung wurde erklärt, daß eine Besteuerung des Zigarettenpapiers die am leichtesten durchführbare Reform der Zigarettensteuer sei; die Regierung sei aber bereit, auf jedes andere System einzugehen, wenn es Ertrag bringe und der Industrie nicht gefährlich werde. Die Banderolensteuer sei durchführbar, sie lasse die größte Bewegungsfreiheit bestehen. Aus technischen Gründen betrachte die Regierung dagegen das System der Wertzuschlagssteuer für unausführbar. Nach dem Verlauf der Debatte scheint die Banderolensteuer mehr Aussicht zu haben als die Papiersteuer. — Weiterberatung Dienstag. — Die Budgetkommission des Reichstags genehmigte die Forderung für den norwegischen Gesandtschaftsposten und setzte dann die Beratung des dritten Nachtragsetats für das ostafrikanische Schutzgebiet fort. Den Hauptpunkt der Erörterung bildete die Frage der Indemnität. Es wurde von verschiedenen Rednern scharf getadelt, daß der Reichstag zur Bewilligung der zur Niederwerfung des Aufstandes erforderlichen Mittel nicht schon im August vorigen Jahres einberufen worden sei. Schließlich konnte der Referent die Meinung der Mehrheit dahin zusammenfassen, daß im vorliegenden Falle die Indemnität zu bewilligen sei; es handle sich um notwendige Ausgaben, die man nicht hätte übersehen können. Die Indemnität wurde darauf erteilt. Weiterberatung Dienstag.

Weimar. (Priv.-Tel.) In der heutigen Sitzung des Landtags fand vor überfüllten Tribünen eine große Wahlrechts- und Sozialistendebatte statt. Die Redner aller Parteien, mit Ausnahme der extremen Agrarier, verlangten unbedingt das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Die Regierungsvorlage, die nur rein technische Nachteile beseitige, wurde für völlig unzureichend erklärt. Die Angriffe gegen die Regierung waren teilweise sehr scharf.

Tilsit. Die Strafkammer verurteilte gestern abend den Lokomotivheizer Graf in Insterburg, der am 17. Oktober v. J. mit dem Lokomotivführer Beeck-Insterburg auf der Lokomotive eines Güterzuges sich befand, durch die der Eisenbahnunfall bei Alt-Weynoten herbeigeführt wurde, zu 6 Wochen Gefängnis. Begründet wird das Urteil damit, daß Graf nicht gemeldet hat, daß Beeck betrunken gewesen sei, und daß er auch sonst nichts zur Verhinderung des Unglücks getan habe. Beeck war bei dem Unfalle umgekommen.

Hamburg. Die Bürgerschaft nahm nach fünfstündiger Debatte in zweiter Lesung den Antrag des Senats auf Abänderung der Verfassung an, wonach die Verhältniswahl eingeführt und den Beamten das aktive Wahlrecht verliehen wird, mit 120 gegen 35 Stimmen. Von 160 Mitgliedern der Bürgerschaft waren 156 anwesend.

Hamburg. Im Zusammenhang mit den Krawallen auf dem Schopenstehl sind bisher 72 Personen verhaftet worden, gegen die Anklage wegen Aufruhrs, Raubes bezw. Diebstahls erhoben werden wird. Weitere Verhaftungen sollen noch bevorstehen.

Stuttgart. Die Kammer der Abgeordneten nahm den Gesetzentwurf betr. Abänderung der Verfassung in der Schlußabstimmung mit 69 gegen 20 Stimmen des Zentrums und 2 ritterschaftlichen Abgeordneten an.

Falkenstein. Heute früh 3/4 3, 1/4 4 und 3/4 5 Uhr wurden in der Umgegend von Falkenstein Erderschütterungen wahrgenommen, die je zwei Sekunden andauerten und von donnerähnlichem Geräusch begleitet waren.

Paris. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr wurde in der Umgegend von Grenoble eine Erderschütterung verspürt.

Paris. Nach den bisher auf der Polizeipräfektur eingegangenen Berichten konnte die Inventaraufnahme in 16 Kirchen vorgenommen werden, während sie in 12 verhindert wurde.

Newyork. Nachrichten aus Carthagena (Columbien) zufolge haben der frühere Präsident Valenzia und General Ospina in der kolumbischen Provinz Antioquia eine Revolution angezettelt.

Tokio. Der Kaiser hat zur Unterstützung der von der Hungersnot betroffenen Bevölkerung 50 000 Yen gestiftet. Nach den letzten Berichten beträgt die Zahl der von der Hungersnot bedrohten Personen nahezu eine Million. Mittel zur Linderung der Not kommen jedoch nur in unzulänglicher Weise zusammen.

Landtagsverhandlungen.

Zweite Kammer.

Die Kammer hielt heute vormittag eine Sitzung in der Dauer von 20 Minuten ab. Am Regierungstische wohnte Finanzminister Dr. Rüger den Verhandlungen bei. Die ersten vier Punkte der Tagesordnung betrafen die Schlußberatung über verschiedene Kapitel des Rechenschaftsberichts. Ueber Kap. 11, fiskalische Hüttenwerke bei Freiberg, hatte Abg. Hofmann-Meißen (kons.) Bericht erstattet. Die Etatüberschreitungen bei diesem Kapitel und seinen acht Unteretats belaufen sich auf 387 092,96 Mk. Bei Kap. 12, fiskalische Erzbergwerke bei Freiberg, über das ebenfalls Abg. Hofmann schriftlich Bericht erstattet hatte, betragen die Ueberschreitungen 9984,78 Mark. Ueber die Kap. 51, 58 und 60 hatte Abg. Sode-Zschorna (kons.) schriftlichen Bericht niedergelegt. Zu Kap. 51, Hausinspektion der Medizinalgebäude, hatte die Deputation keinen Antrag zu stellen; bei Kap. 58, Armenkrankenpflege und sonstige Ausgaben im öffentlichen Interesse, belaufen sich die Etatüberschreitungen auf zusammen 54 681,64 Mk., und bei Kap. 60, landwirtschaftliche, gewerbliche und Handelsschulen, sowie allgemeine Ausgaben für Landwirtschaft und Gewerbe, auf 32 064,67 Mk. bez. 665,15 Mk. (außerordentmäßige sächliche Ausgabe). Mündlichen Bericht erstattete Abg. Fritzsching-Coswig (kons.) über Kap. 102, Ministerium des Auswärtigen nebst Kanzlei; die Etatüberschreitung beträgt hier 3482,29 Mk. Bei Kap. 105, Reichstagswahlen, ist eine Etatüberschreitung von 5839,20 Mk. eingetreten, hauptsächlich begründet durch die Kosten für die amtlichen Umschläge bei den Reichstagswahlen. Kap. 106, Vertretung Sachsens im Bundesrate, hat gegenüber der Etatsumme 64,88 Mk. Mehrausgaben erfordert. Ohne Debatte und einstimmig genehmigte die Kammer nachträglich sämtliche vorgenannten Etatüberschreitungen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Schlußberatung über den Bericht der ersten Abteilung der Kammer über die Prüfung der am 2. Oktober 1905 erfolgten Wahl eines Abgeordneten zur Zweiten Kammer für den 5. städtischen Wahlkreis (Berichterstatter: Abg. Gontard-Leipzig [natl.], Mitberichterstatter Abg. Dürr-Gaschwitz [kons.]). Die Abteilung beantragt, den von Herrn Rechtsanwalt Hans Fischer in Riesa eingereichten Protest gegen die Wahl des Wahlmannes Herrn Kahnert in Riesa für unerheblich und die Wahl des Herrn Bürgermeisters Dr. Seeßen in Wurzen für gültig zu erklären. Ohne Debatte und einstimmig erhob die Kammer auch diesen Antrag zum Beschluß. — Nächste Sitzung: Freitag, den 2. Februar, vormittags 1/2 10 Uhr.

Oertliches und Sächsisches.

Dresden, 1 Februar.

—* Heute nachmittag 6 Uhr findet bei Sr. Majestät dem Könige Familientafel statt, an der Ihre Majestät die Königin-Witwe und Ihre Königl. Hoheiten Prinz Johann Georg und Prinzessin Mathilde mit den Damen und Herren vom Dienste teilnehmen werden.

—* König Friedrich August wird voraussichtlich Mitte dieses Monats einen mehrtägigen Aufenthalt in Leipzig nehmen.

—* In den Festräumen des Ministerhotels auf der Seestraße waren gestern abend von halb 9 Uhr an auf Einladung des Herrn und Frau Staatsministers v. Metzsch gegen 450 Personen zu einer illustren Ballgesellschaft vereinigt. Unter den Teilnehmern gewahrte man die Herren des diplomatischen Korps, die Staatsminister, die Oberhof- und Hofchargen, die Generalität usw. Die Ballmusik spielte die Kapelle der Gardereiter. Das Souper unterbrach um 11 Uhr die Freuden des Tanzes, denen man sich dann noch in angeregtester und lebhaftester Weise bis gegen 2 Uhr widmete.

Kunst und Wissenschaft.

†* **Mitteilung aus dem Bureau der Königlichen Hoftheater.** Im Opernhause wird Freitag, den 2. Februar, das Ballett „Sylvia" von Delibes, neu einstudiert vom Ballettmeister A. Berger, aufgeführt. Als Sylvia tritt zum ersten Male Frl. Malinverni auf; in den übrigen Hauptpartien sind Herr Berger als Orion und Frl. Gäbler als Aminta beschäftigt. In Verbindung damit geht die komische Oper „Die Nürnberger Puppe" von Adam mit folgender Besetzung in Szene: Berlia: Fr. Wedekind, Cornelius: Hr. Rebuschka, Benjamin: Hr. Erl und Heinrich: Hr. Kießl.

†* **Central-Theater.** Si tacuisses! **Ermete Novelli** spielte gestern abend zum Abschied von Dresden den Striese in Schönthans unverwüstlichem Schwanklustspiel „Der Raub der Sabinerinnen". Er hätte es lieber nicht tun sollen. Nicht, daß er sich in der charakteristischen Farbengebung völlig vergriff, daß er weder die Konturen, noch das Kolorit der Figur richtig traf, den Schmierendirektor viel zu elegant und zu jung gab, muß man ihm zum Vorwurf machen, — das Manko lag tiefer: der Künstler war nicht komisch genug. Humor hat Novelli, sogar einen ganz wunderbar goldigen Humor; sein Petruchio ist dafür vollwertiger Beweis. Aber die zwerchfellerschütternde Komik scheint dem Italiener nicht geläufig zu sein; er war wenigstens gestern abend kaum einen Augenblick so grotesk, wie es die Rolle zuläßt. Auch das echte Wesen, den Kern der Rolle scheint Novelli nicht erfaßt zu haben. Er ließ nie den leisen tragischen Unterton anklingen, den der Striese sehr gut verträgt, vornehmlich da, wo er auf seine Kunst zu sprechen kommt, um die es ihm ja heiliger Ernst ist. Gerade das machte z. B. den Striese Schweighofers, der in dieser Hinsicht selbst Thomas übertraf, so angemein eindrucksvoll und echt, gar nicht zu reden von der Fülle feiner Nuancen, die wohl nur der intime Kenner der deutschen Schmieren dem ehrenfesten Striese zu geben vermag. Selbst den Kostümwitz am Schluß des dritten Aufzuges hat Novelli nicht richtig verstanden. Hier ist doch die viel zu prächtige rote, goldgefranste Tunika absolut nicht am Platze, sondern nur ein möglichst verschlissenes Gewand und dito Trikots mit dem obligaten Feuerwehrbeil als kriegerischen Schmuck einzig möglich. Textlich war Novelli mit dem Stücke merkwürdigerweise ziemlich pietätvoll umgegangen; es war sogar auffallend wenig gestrichen, soweit man das verfolgen konnte. Dafür wurde um so flüchtiger gespielt und in einem Tempo, dem man es deutlich anhörte, daß die Herrschaften unmittelbar nach der Vorstellung abreisen wollten. Aus dem gleichen Grunde erschienen wohl auch die Damen in Reisekleidern und ungeschminkt, eine Nachlässigkeit, die unbedingt scharfe Rüge verdient. — Natürlich wurde Novelli wieder lebhaft gefeiert und an den einzelnen Aktschlüssen stets zu wiederholten Malen, auf das reichste akklamiert, vor die Gardine gerufen. W.

†* Der **Lehmann-Osten-Chor** brachte in seinem zu wohltätigem Zwecke veranstalteten Konzert (Malenhaus) die Chöre zur öffentlichen Aufführung, die er kürzlich im Residenzschlosse vor Sr. Majestät dem König vorzutragen die Ehre hatte. Geschickt und geschmackvoll gewählt, mit Mücks sinnigem „Gott grüße Dich," als einleitendem Gesang, bilden diese Chöre: „Holder Friede, süße Eintracht" (Brede), Serenade aus Delibes' „Der König hat's gesagt", „Die Macht des Kleinen" (Rennes), „Das erste Lied" (Jüngst) rc. eine Reihe ausschließlich stimmungsvoller und vornehm heiterer Kompositionen, die, unmittelbar ansprechend, schon an sich die Gewähr des Erfolges bieten. In der sorgfältigen Ausführung, unter Herrn Direktor Lehmann-Ostens Leitung, liebenswürdig und anmutig gesungen, natürlich gefällig, wo es angebracht war reizvoll kokett pointiert, verfehlte keiner der Chöre seine Wirkung. Die Aufnahme war sogar so warm und herzlich, daß nach einer Zugabe (Spinnerinnen-Chor aus dem „Fliegenden Holländer") verlangt wurde. Neben den Damen trat, gestern zum erstenmal öffentlich, der kürzlich von Herrn Direktor Lehmann-Osten begründete Männerchor auf. Vorläufig noch auf einige zwanzig Herren beschränkt, sang er, von Herrn Herzogl. Kammersänger Glomme geleitet, Bruchs „Normannenzug" mit lobenswerter Sicherheit und, dem Beifall nach zu urteilen, zur vollen Zufriedenheit der Hörer. Eingehender beurteilen wird sich diese neueste chorische Vereinigung allerdings erst lassen, wenn sie etwas vollzähliger und in der Zusammenwirkung fester geschlossen sein wird. Lebhafte Auszeichnungen fanden die künstlerischen Vorträge des Herrn Kammermusikers Nebelong (Violoncell-Solo) und die Rezitationen heiterer Dichtungen des Herrn Glomme. Um die Klavierbegleitung machten sich die Herren Keyl und Organist Schmidt verdient. H. St.

Berliner Leben.

E. Berlin, 31. Januar.

Der Krieg der Stadt Berlin und der nächsten Vororte gegen die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft ist wieder in eine neue „Phase" getreten, wie die Phrase ja wohl lautet. Die betriebsame Gesellschaft hatte durch ihren bekannten Plan der Untertunnelung der Leipziger Straße und eines Teiles der Linden die Ruhe der Väter unserer größten Stadt empfindlich gestört. Sie hatten zur „Prüfung", tatsächlich zur Verhinderung dieses Projektes, das auf eine Verlängerung des Monopols der „Großen" hinauslief, im Verein mit einigen beteiligten Vorortgemeinden einen Ausschuß niedergesetzt. Dieser hat nun als Endziel in Aussicht genommen, die Linien der Gesellschaft auf Grund der bestehenden Verträge zu erwerben. Man hat daraus absichtlich oder mißverständlich die Absicht des Ankaufs der „Großen" durch Berlin und die Vororte gemacht und die Berliner Börse hat diese frohe, aber falsche Kunde mit einer ansehnlichen Hausse der Straßenbahnaktien begrüßt. In Wahrheit liegt die Sache etwas anders. Jener Beschluß bedeutet nur, daß die Stadt auf der Erfüllung ihres Vertrages mit der Großen Straßenbahn besteht, wonach die erstere im Jahre 1919 nach Ablauf der von der Stadt bewilligten Konzession das Recht hat, den gesamten Bahnkörper der Gesellschaft zu übernehmen und darauf den Betrieb der Straßenbahnlinien für eigene Rechnung einzurichten. Der Wortlaut dieses Vertrages ist ganz klar, und niemand würde denken, daran zu drehen und zu deuteln, wenn nicht die Sache nachträglich einen Haken bekommen hätte. Auf Grund des preußischen Kleinbahngesetzes, das auch die Straßenbahnen dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten unterstellt hat, hatte der frühere Eisenbahnminister v. Thielen, ohne die Stadt zu befragen oder auch nur vorher zu benachrichtigen, die Konzession der Großen Berliner Straßenbahn eigenmächtig bis zum Jahre 1949 verlängert. Die Stadt freilich hat diese ohne ihre Zustimmung erfolgte Verlängerung der Konzession nie anerkannt, und der Berliner Polizeipräsident wie auch die preußische Staatsregierung haben zugegeben, daß jenes Vertragsrecht der Stadt gegenüber der Straßenbahngesellschaft durch die staatliche Konzessionsverlängerung nicht berührt wird. Die „Große" aber pocht darauf, daß sie bis 1949 die staatliche Konzession besitzt und tut so, als ob infolgedessen das kritische Jahr 1919 sie gar nichts mehr anginge. Der erwähnte Beschluß des Ausschusses will demgegenüber besagen, daß die Stadt Berlin und die Vororte entschlossen seien, das vertragsmäßige Recht auf unentgeltliche Uebernahme des Straßenbahnkörpers geltend zu machen und nötigenfalls die gerichtliche Entscheidung hierüber herbeizuführen.

SLUB
Wir führen Wissen.